

BUNDESTAGSWAHL

„ICH GEHE ZUR WAHL, WEIL...“

... mir der Erhalt der Demokratie sehr wichtig ist. Ich wünsche mir, dass die Politik die Probleme der Menschen ernst nimmt, endlich ins Tun kommt und weniger diskutiert.“



Hermann Müller,
Kaufmann, Meßkirch

NACHRICHTEN

BUNDESSTRASSE B30

Mobile Toilette fällt von Lastwagen auf Auto

Kreis Ravensburg – Drei mobile Toiletten sind am Montagabend, kurz nach 19 Uhr, auf der Bundesstraße B30 zwischen den Anschlussstellen Weingarten und Baidt/Baienfurt von einem Lastwagen gefallen. Eines der Klohäuschen fiel laut Polizeibericht auf das Auto eines 64-Jährigen, der gerade im Begriff war, den Lastwagen zu überholen. Der Autofahrer blieb unverletzt, der Schaden an seinem Wagen wird mit rund 8000 Euro beziffert. Ob die mobilen Toiletten beschädigt wurden, ist den Polizeiangaben zufolge noch unklar. Auf den 35 Jahre alten Fahrer des Lastwagens kommt nun ein Bußgeld zu, weil er seine Ladung nicht ordnungsgemäß gesichert hatte.

ZEUGENSUCHE

Geisterfahrer ohne Licht auf Autobahn unterwegs

Kreis Lindau – Nach einem gefährlichen Vorfall auf der Autobahn A96 in der Nacht zum Dienstag gegen 0.15 Uhr werden Zeugen gesucht. Wie die Polizei berichtet, hielt der Fahrer eines BMW-Mini vor einer Kontrollstelle der Bundespolizei im Bereich der Anschlussstelle Sigmarszell auf dem Standstreifen an und schaltete die Fahrzeugbeleuchtung aus. Als Beamte zu dem Wagen gingen, wendete der Fahrer auf der Autobahn und fuhr ohne Licht als Geisterfahrer zurück nach Lindau. Sofort fahndeten laut Polizei alle verfügbaren Streifen nach dem Auto, auch in Baden-Württemberg und Österreich. Die Suche blieb jedoch erfolglos. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Halter des Autos keine gültige Fahrerlaubnis besitzt. Zeugen wenden sich unter der Telefonnummer 08382 9100 an die Polizei Lindau.

Wo Sonnenstrom erzeugt werden soll

- Es geht um Photovoltaik-Anlagen auf Freiflächen
- Regionalverband ermittelt hierfür Vorranggebiete
- Sie sind auch entlang des Bodenseeuferes zulässig



VON STEFAN HILSER
stefan.hilsler@suedkurier.de

Bodenseekreis – Der Bedarf an Strom steigt bundesweit. Wenn immer weniger Autos mit Verbrennern, dafür aber mit E-Motoren unterwegs sind, dann bedarf es Strom in großen Mengen. Doch gleichzeitig sinkt der Anteil konventioneller Kraftwerke. Auf dieses Problem weist der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hin, der die Aufgabe hat, Vorrangflächen für Wind- und Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auszuweisen. Verbandsdirektor Wolfgang Heine: „Laut einer Prognose ist der Strombedarf 2050 doppelt so hoch wie heute.“

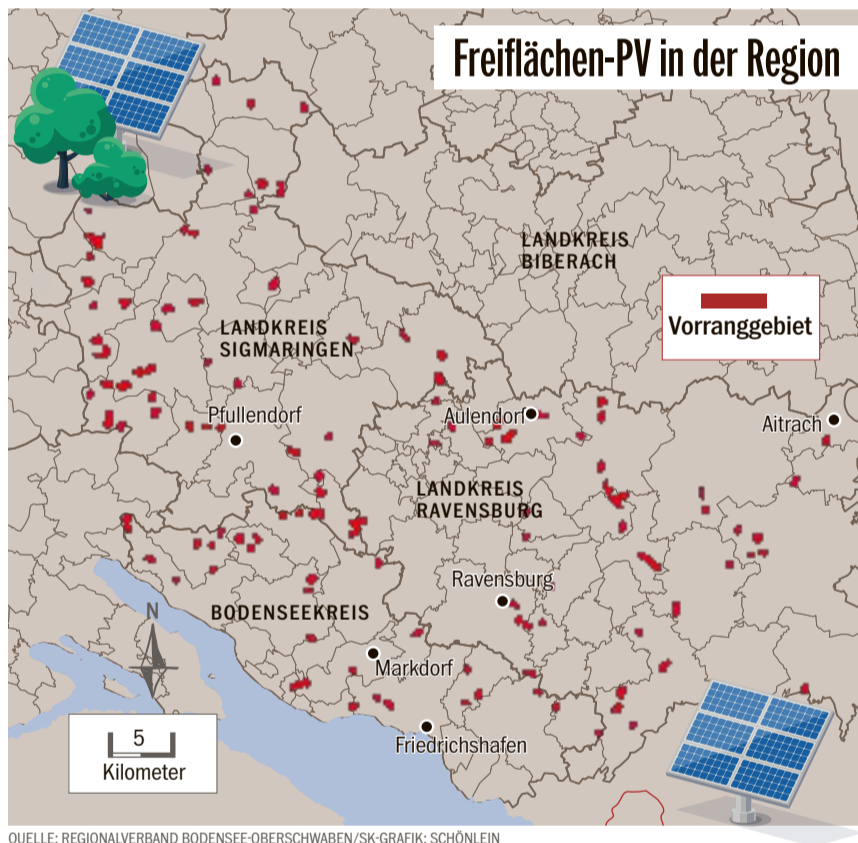
Während der Protest gegen Windkraftanlagen laut erscheint, ist vom Protest gegen PV-Anlagen wenig zu hören. Doch so wie für Wind müssen nach Vorgabe des Landes Baden-Württemberg auch für PV-Anlagen bis Jahresende geeignete Flächen gefunden werden. Mindestens 0,2 Prozent der Fläche sind vom Gesetzgeber vorgegeben. Maßgeblich ist Paragraf 21 des Klimaschutz-Gesetzes Baden-Württemberg. Zur Begründung werden „Klimaschutz und Versorgungssicherheit“ angeführt.

Bei der Suche nach geeigneten Flächen spielte die Sonneneinstrahlung eine Rolle, dazu störende Faktoren wie Wald, Siedlung oder Artenschutz. Als besonders geeignet gelten vorbelastete Standorte wie Autobahnkreuze, ehemalige Deponien oder entlang von Bundes- und Landesstraßen. Zugleich sollten die Flächen in der Region Bodensee-Oberschwaben – Bodenseekreis, Landkreise Sigmaringen und Ravensburg – gleichmäßig verteilt werden. Nach dem aktuellen Planungsstand eignen sich nicht nur 0,2 Prozent, sondern 0,5 Prozent der Fläche als sogenannte Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-PV-Anlagen. Damit kommt zum Ausdruck, dass in der Region die Sonne – im bundesweiten Vergleich – öfter scheint. „Diese Potenziale sollen bestmöglich genutzt werden“, verdeutlichte der Verbandsdirektor.

Die Region Bodensee-Oberschwaben ist nicht nur sonnenverwöhnt, sondern landschaftlich besonders reizvoll. Hier wird Landwirtschaft betrieben und sich erholt. Dem trägt der Regionalplan mit der Schaffung von Grünzügen Rechnung. Sie sind von einer Bebauung freizuhalten. Für den Bau von Freiflächensolaranlagen gab es Ausnahmen nur dann, wenn die Fläche nicht „von herausragender Vielfalt, Eigenart und Schönheit“ war, und wenn sie nicht auf „besten landwirtschaftlichen Böden“ liegt. Laut Heine machen regiona-



Ein Solarpark in Heiligenberg-Rickertsreute mit einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage. Weitere Einheiten sollen folgen, um die Versorgungssicherheit in der Region Bodensee-Oberschwaben mit Strom sicherzustellen. BILD: STEFAN HILSER



QUELLE: REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN/SK-GRAFIK: SCHÖNLEIN

le Grünzüge rund 34 Prozent der Gesamtfläche in den drei Landkreisen aus. Vom Regierungspräsidium Tübingen seien sie zwar dazu aufgefordert worden, den Bodensee-Uferbereich per se als ein „schönes Landschaftsbild“ zu hinterlegen, auf dem Freiflächensolaranlagen ausgeschlossen wären. Doch wird diese Erwartung von der Landesregierung überboten. Dazu Heine: „Wir

sind von der Landesregierung dazu aufgefordert worden, die regionalen Grünzüge für erneuerbare Energien zu öffnen. Die Schönheit des Landschaftsbildes verhindert kein Vorhaben mehr.“ Weiter betonte er gegenüber dem SÜDKURIER: „Sobald unser Energieplan verbindlich ist, gibt es deutlich mehr Möglichkeiten für Freiflächensolaranlagen im Bodensee-Uferbereich.“

Vorbehaltsgebiete

Nach aktuellem Planungsstand sind im Bodenseekreis 28 Gebiete ausgewiesen. Die größten ab einer Fläche von 10 Hektar: Überlingen, Bergösch (18 Hektar); Überlingen entlang der Bundesstraße (14 Hektar); Owingen, Hedertsweiler (15); Owingen, Steinbach (11); Frickingen, Berghof/Bailhöfe (20); Frickingen, Altheim-Nordwest (10); Heiligenberg-Rickertsreute (13); Salem-Beuren (30); Markdorf, Ittendorf-West (20); Deggenhausertal, Unterhomburg (13); Oberteuringen, Hefigkofen/B33 (15); Friedrichshafen, Heiseloch (12); Friedrichshafen, Unter-raderach-West (10); Friedrichshafen, Fischbach West (11); Meckenbeuren/Rettang-Fünfehlen (14). Weitere Flächen mit einer Größe von 6 bis 9 Hektar: Überlingen, Höllösch; Überlingen, Oberschiffle; Owingen, Niederweiler; Frickingen, im Ebenländ; Heiligenberg, Hintere Halde; Salem-Altenbeuren; Bermatingen-Ost; Stetten-Ost; Markdorf-Süd; Meckenbeuren, Südbahn; Meckenbeuren, Reute-Süd; Neukirch-Süd.

Die Verbandsversammlung des Regionalverbands stimmte dem aktuellen Entwurf mit großer Mehrheit zu und beschloss eine zweite Offenlage. Nun können erneut Bedenken vorgebracht werden, sofern sie auf neuen Erkenntnissen beruhen, bis dann im September der Satzungsbeschluss fällt und der Teilregionalplan Energie ab 2025 rechtskräftig wird.

Zerstörte Wahlplakate als Spiegel der Stimmung

Freie-Wähler-Direktkandidat Thomas Schalski erstattet Anzeige. Doch die Polizei sieht wenig Chancen auf Aufklärung

VON MAIKE STORK

Bodenseekreis – Wenn Thomas Schalski durch die Straßen rund um Friedrichshafen fährt, dann nicht nur, um Wahlkampf zu machen. Oft muss er sich um seine Plakate kümmern, sie ersetzen oder abgerissene Reste entsorgen. Doch was er jüngst dabei entdeckte, will er nicht mehr hinnehmen. An mehreren Stellen in der Teuringer Straße, der Weiherstraße und der Bodenseestraße fand er mutwillig zerstörte Wahlplakate. Betroffen war nicht nur seine eigene Partei, die Freien Wähler, sondern auch

die CDU und die AfD. Die CDU-Plakate waren schwarz beschmiert, die der AfD laut Schalski „ganz zerfetzt“.

Wahlplakate wurden schon immer beschmiert oder entfernt. Doch die Dimensionen seien neu, so Schalski. Seit seinem 16. Lebensjahr ist er politisch aktiv, aber eine derartige Aggressivität habe er noch nicht erlebt. „Die Gesellschaft ist aufgewühlt“, meint er. Er sieht einen Zusammenhang zwischen der Art und Weise, wie Spitzenkandidaten mittlerweile miteinander umgehen, und dem, was auf der Straße passiert. „Früher hat man sich gestritten, aber am Ende ein Bier zusammen getrunken. Heute steckt eine ganz andere Aggressivität dahinter.“ Der Landesverband der Freien Wähler riet, Anzeige zu erstatten. Die Polizei hat jedoch bereits angekündigt, die Ermittlungen man-

gels Beweisen voraussichtlich einzustellen. Schalski nimmt es mit Fassung.

Simon Göppert, Pressesprecher des Polizeipräsidiums Ravensburg, bestätigt, dass Wahlplakat-Vandalismus immer wieder vorkommt. „Mehrere pro Woche werden Plakate beschmiert oder abgerissen. Das betrifft alle Parteien gleichermaßen“, sagt Göppert. Da es jedoch keine offizielle Statistik dazu gibt, kann er nicht beurteilen, ob die Fälle zugenommen haben. Klar sei aber: „Sachbeschädigung ist kein Kavaliersdelikt.“ Manchmal wird sogar der Staatsschutz eingeschaltet, wenn rechtswidrige Symbole verwendet werden. Die Polizei sei immer auf Zeugen angewiesen. Wer etwas beobachtet, solle sich direkt an die nächste Dienststelle wenden oder im akuten Fall den Notruf wählen. Thomas Schalski und die

Freien Wähler gehen einen Schritt weiter: Sie setzen eine Belohnung von 200 Euro für Hinweise aus, die zur Ergreifung der oder des Täters führen.

Was für manche wie eine Lappalie wirken mag, bedeutet für Direktkandidaten wie Schalski Zeit, Geld und Arbeit. Gemeinsam mit zwei Helfern hat er in der Region 300 Plakate aufgehängt. Etwa 20 davon wurden zerstört. Jedes kostet rund 2 Euro, sagt Schalski, doch der größere Aufwand liegt woanders: „Dahinter stecken Fahrtzeit, Planung und Mühe. Wer einmal selbst einen Tag lang Plakate aufgehängt hat, weiß, wovon ich spreche.“ Noch ärgerlicher: Wenn ein zerstörtes Plakat nicht rechtzeitig entfernt wird, droht ein Bußgeld. Die Stadtverwaltung melde sich dann und fordere zur Beseitigung auf, so der Rentenberater.



Wahlplakate werden immer wieder zerstört oder beschmiert, so wie dieses Grünen-Plakat an der L195 in Richtung Überlingen Mitte Februar. BILD: MAIKE STORK